



Protokoll

Gremium: Ausschuss für Kultur und Partnerschaften
Sitzungstermin: Dienstag, 16.09.2025
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:42 Uhr
Raum, Ort: Hansekontor, Rathaus, Eingang E, Am Ochsenmarkt 1, 21335 Lüneburg

Anwesenheitsliste

Vorsitz

Andrea Kabasci

Beschließende Mitglieder

Hiltrud Lotze
Dr. Corinna Maria Dartenne
Marianne Esders
Stefanie Filohn
Hans Joachim Klein
Martin Lühmann
Pia Redenius
Patrick Schulze
Alexander Schwake

Grundmandat

Frank Soldan

Vertretung für: Eike Freitag

Beratende Mitglieder

Regina Ewe
Volker Geball
Barbara Schmidt

Verwaltung

Matthias Rink
Heike Horn
Anke Plett

Gäste

Dr. Heike Düselder, Museum Lüneburg
Dr. Thomas Lux, Stabstelle 02-2
Thomas Patzner, Ber. 44
Sebastian Prigge, FBL 2
Carmen Sillmann, Ber. 41
Fenja Allerheiligen, Ber. 41

Stefan Ahrens, Pressestelle
Eike Kuhse, BBK
Nina Heinzel, BBK
Jessica Kulp, BBK

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung des Protokolls vom 11.06.2025	
4	Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil u.a. - Präsentation vom 45. Intern. Hansetag in Visby - Start "TaM TaM" - Sachstand zu den Tafeln des Friedenspfads - Sachstand Zuschussvereinbarung Museumsstiftung - Ratsbücherei Spraywall / Projekt Community Fruits	
5	Einwohnendenfragen	
6	Bericht des "Bund Bildender Künstler"	
7	Freigabeantrag zur Aufhebung der politischen Mittelsperre von 100.000 € auf den Zuschussmitteln für die Museumsstiftung	BV/12032/25
8	Vorstellung der digitalen Austauschplattform "kulturinfo- lueneburg.de"	
9	Anträge und Anfragen	
10	Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzende Kabasci begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Ratsfrau Esders und Ratsherr Schulze nehmen online über BigBlueButton an der Sitzung teil.

Zu TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

In der Beratungsfolge wird TOP 7 vorgezogen und vor TOP 6 beraten. Im Übrigen wird die Tagesordnung wie vorgelegt festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	2
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Ratsherr Schwake beantragt, TOP 7 vorzuziehen und vor TOP 6 zu beraten.

Zu TOP 3 Genehmigung des Protokolls vom 11.06.2025

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 11.06.2025 wird ohne Änderungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Enthaltung:	2

Zu TOP 4 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil

u.a.

- Präsentation vom 45. Intern. Hansetag in Visby**
- Start "TaM TaM"**
- Sachstand zu den Tafeln des Friedenspfads**
- Sachstand Zuschussvereinbarung Museumsstiftung**
- Ratsbücherei Spraywall / Projekt Community Fruits**

Beratungsinhalt:

-Tunneltöne

Stadtrat Rink informiert, dass die Tunneltöne-Konzerte wieder jeden zweiten Mittwoch um 12:00 Uhr liefen und sehr gut angenommen würden. Für Ende Oktober werde zudem eine Abendveranstaltung geplant. Es sei beabsichtigt, diese Veranstaltungsreihe auch künftig fortzusetzen.

-Start „TaM TaM“

Stadtrat Rink teilt mit, dem Theater Lüneburg sei die Möglichkeit eingeräumt worden, das Erdgeschoss des Gebäudes Bardowicker Str. 1 für die nächste Spielzeit zu nutzen. Die Veranstaltungsreihe des TaM TaM starte dort am 19.09.2025. Die Spielzeit laufe bis Juni 2026, danach werde das Erdgeschoss leergeräumt und mit den Baumaßnahmen begonnen.

-Sachstand zu den Tafeln des Friedenspfades

Stadtrat Rink berichtet, der Arbeitskreis habe die Standorte der Tafeln besichtigt und dann besprochen, auf welcher Art und Größe von Tafeln die Texte in welcher Länge präsentiert werden sollen. Ab einer bestimmten Tafelgröße müssten Bauanträge gestellt werden. Der Arbeitskreis habe sich letztlich mehrheitlich für eine Tafelgröße von 160 cm Breite X 110 cm Höhe Querformat oder ISO A0 ausgesprochen. Es sei verabredet worden, zu klären, ob die Texte auch in englischer Übersetzung erscheinen sollen, wie die Barrierefreiheit zu gewährleisten sei und ggf. Fördermittel für die Finanzierung zu beantragen. Auch die technischen und baurechtlichen Voraussetzungen seien mit den Fachämtern noch zu klären. Die Verwaltung werde dem Ausschuss für Kultur und Partnerschaften voraussichtlich zur nächsten Sitzung einen Beschlussvorschlag auf Basis des Votums des Arbeitskreises vorlegen, aber auch über die denkbaren Alternativen informieren.

Ratsfrau Lotze stellt mit großem Bedauern fest, dass die Tafel an dem neuen Haus in der Barckhausenstraße, wo der Bergen-Belsen-Prozess vor 80 Jahren am 17.09.1945 begonnen habe, nicht rechtzeitig zu dem Jahrestag fertig geworden und dort angebracht worden sei.

Stadtrat Rink bedauert das ebenfalls, die Verzögerung sei jedoch nicht in der Gegenwart zu suchen, denn der Arbeitskreis habe in den letzten Wochen im Vergleich zu den Jahren davor enorme Fortschritte gemacht.

-Jubiläen der Städtepartnerschaften mit Clamart und Köthen

Stadtrat Rink teilt mit, dass am vergangenen Wochenende zwei städtische Delegationen zur Teilnahme an den Feierlichkeiten 50 Jahre Städtepartnerschaft mit Clamart und 35 Jahre Städtefreundschaft mit Köthen in die beiden Partnerstädte gereist seien.

Ausschussvorsitzende Kabasci stellt fest, dass ab jetzt 10 stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind (16:10 Uhr).

-Präsentation vom 45. Intern. Hansetag in Visby

Stadtrat Rink berichtet, die Erfahrungen aufgrund der guten Stimmung und Zusammenarbeit der Delegierten und weiteren Protagonisten auf dem Hansetag in Visby hätten zu dem konkreten Plan geführt, in Lüneburg einen Hanseverein zu gründen. Es habe sich in Visby sehr anschaulich gezeigt, dass Hansevereine sich in anderen Hansestädten bewährt haben, um die Tradition weiterzuführen und am Leben zu halten. Am 07.10.2025 solle das erste Treffen dazu als Starttermin stattfinden. Stadtrat Rink lädt alle Anwesenden ein, daran teilzunehmen. Bis 2038 stünden die künftigen Veranstaltungsorte der Hansetage bereits fest, aber es wäre ein lohnendes Ziel, sich z.B. für die Hansetage 2042 zu bewerben, organisiert von einem Hanseverein, der sich bis dahin etabliert haben könnte.

Im Anschluss wird eine Diashow mit Eindrücken vom Hansetag in Visby gezeigt (s. Anlage).

Ratsfrau Filohn dankt der Verwaltung für die Organisation der Delegationsreise.

Stadtrat Rink ergänzt, die nächsten Hansetage fänden in Stargard in Polen statt. Auch für diese Reise würden wieder Teilnehmer gesucht.

Ratsherr Soldan verweist auf die wunderbaren Möglichkeiten, welche die Hansetage böten, ein europaweites Netzwerk zwischen den Hansestädten zu bauen.

Ratsfrau Dr. Dartenne dankt für den Impuls, einen Hanseverein in Lüneburg zu gründen. Sie berichtet von Veranstaltungen in Visby, an denen sie als Delegierte teilgenommen hat und schließt sich dem Dank an die Verwaltung für die Organisation der Reise an.

Ratsfrau Lotze fragt nach dem Sachstand eines Antrages zum Austausch von Auszubildenden mit den Hansestädten, der nach dem Hansetag in Danzig gestellt worden war.

Stadtrat Rink antwortet, Lüneburg sei daran inzwischen beteiligt. Er werde die konkreten Zahlen nachliefern.

Ergänzung: Im Hinblick auf den Azubi-Austausch wird inhaltlich auf die Vorlage VO/113507/24 verwiesen. Bisher gab es keine Teilnehmer, die am Austausch teilgenommen haben. Aktuell werden mit einem Interessenten Gespräche geführt.

-Ratsbücherei Spraywall / Projekt Community Fruits

Herr Patzner, Leiter der Ratsbücherei, teilt mit, die Ratsbücherei hatte für zwei Projekte Fördermittel beantragt.

Das Projekt Spraywall sei von der Kulturstiftung des Bundes abgelehnt worden, weil es zu viele Bewerber auf die zur Verfügung stehenden Mittel gegeben habe. Die Finanzierung über Crowdfunding habe nicht genügend Mittel erbracht. Es solle im kommenden Jahr ein neuer Antrag dazu gestellt werden.

Das Projekt Community Fruits, Obstbäume ernten (Initialtext siehe Anlage), werde jedoch über Projektmittel gefördert, die über Bibliotheken in ganz Europa eingeworben wurden. Von den 300 Bibliotheken, die sich um die Mittel beworben haben, seien 60 ausgewählt worden, darunter auch 3 aus Deutschland: Bremen, Weißenfels und Lüneburg. Die Ratsbücherei werde nun in den nächsten 12 Monaten Obstbäume, die ansonsten nicht geerntet würden, an Menschen vermitteln, die diese abernten wollen. Für die Bücherei sei dies neben der Unterstützung des Nachhaltigkeitsgedankens auch eine gute Möglichkeit der Öffentlichkeitsarbeit, um sich auch Personengruppen bekannt zu machen, welche die Leseförderung nicht erreiche, und diesen die Bücherei als Ort der Begegnung zu zeigen und auf die Bibliothek der Dinge aufmerksam zu machen.

Auf Nachfragen der Ausschussmitglieder erläutert Herr Patzner, wie das Projekt Community Fruits von der Ratsbücherei organisiert und koordiniert wird. Am 24.09.2025, 16:00 Uhr, seien potentielle Kooperationspartner zu einem Starttermin in die Ratsbücherei eingeladen. Über das Projekt werde auf Social Media und in der Zeitung berichtet werden.

Herr Patzner und Frau Horn, Fachbereichsleiterin 4, beantworten weitere Detailfragen der Aus-

schussmitglieder zur Umsetzung des Projekts.

-Sachstand Zuschussvereinbarung Museumsstiftung

Stadtrat Rink berichtet dazu unter TOP 7.

Der Ausschuss für Kultur und Partnerschaften nimmt die Mitteilungen zur Kenntnis.

Zu TOP 5 Einwohnendenfragen

Es liegen keine Einwohnendenfragen vor.

Zu TOP 6 Bericht des "Bund Bildender Künstler"

TOP 6 wird in der Sitzung nach TOP 7 beraten.

Beratungsinhalt:

Frau Kulp, Schatzmeisterin des BBK Lüneburg, Frau Heinzel, 1. Vorsitzende des BBK Lüneburg, und Herr Kuhse, 2. Vorsitzender des BBK Lüneburg, stellen dem Ausschuss die Arbeit des BBK vor. Der BBK Lüneburg sei eine Bezirksgruppe des Bundes Bildender Künstlerinnen und Künstler für Niedersachsen e.V. und sei der Berufsverband für Bildende Künstlerinnen und Künstler, der sich für deren berufliche, soziale und kulturpolitische Interessen in Niedersachsen, auf Bundesebene und europaweit einsetze. Das betreffe z.B. die Künstlersozialversicherung, das Urheberrecht und die Ausstattungsvergütung. Der BBK Niedersachsen sei in 11 Bezirksgruppen gegliedert, von denen der BBK Lüneburg eine der ältesten sei. Im kommenden Jahr werde er sein 80jähriges Bestehen in Lüneburg feiern. Die Arbeit des BBK sei in die Stadtgesellschaft eingebettet. Zentrales Element sei das Ausstattungsprogramm im Heinrich-Heine-Haus, wo der BBK vier Ausstattungen im Jahr zeige, welche die Vielfalt und Qualität professioneller Bildender Kunst in dieser Region belegten. Zu den Ausstattungen gebe es jeweils eine einführende Kunstmittagspause und einen Ausstattungskatalog. Auch überregional sei der BBK sehr gut vernetzt. Der Bundesverband mit Sitz in Berlin vertrete rd. 10.000 Künstlerinnen und Künstler und sei u.a. im Deutschen Kulturrat aktiv. Ein besonders wichtiger Schritt sei 2022 die Entwicklung des Leitfadens für Honorare gewesen, der klare Empfehlungen für die angemessene Bezahlung künstlerischer Leistungen vorlege. Dieser richte sich auch an Kommunen und Fördergeber. Nur wenn künstlerische Arbeit auch wirtschaftlich tragfähig sei, könne sie dauerhaft wirksam sein und öffentlich sichtbar bleiben. Aus den Reihen des BBK solle in Kürze ein Verein gegründet werden, um künftig auch institutionelle Fördermittel beantragen zu können. Der Wert von Kunst sollte unabhängig vom Preis bemessen werden. Für die Gesellschaft sei er jedenfalls enorm, da Kunst und Kultur uns erst zum Menschen und die Stadt erst lebenswert machten. Die Künstlerinnen und Künstler des BBK seien gern zu Kooperationen bereit, es gebe Expertinnen und Experten in jeder Sparte, die sich über Zusammenarbeit freuen und gern bei allen Fragen zur Bildenden Kunst beraten würden.

Zum Jubiläumsjahr sei ein Konzept mit einer Ausstellung im Heine-Haus sowie einem Festakt und Ausstellung in der Kulturbäckerei erarbeitet worden. Dort würden ältere Arbeiten des BBK aktuelleren Arbeiten gegenübergestellt und reflektiert. Eine weitere Ausstellung sei geplant, für die allerdings noch ein Ort gesucht werde.

Ausschussvorsitzende Kabasci dankt den Vortragenden im Namen des Ausschusses.

Stadtrat Rink berichtet, dass Frau Heinzel in diesem Jahr den Kunstpreis des Lüneburgischen Landschaftsverbandes erhalten habe und die dazugehörige Ausstellung noch bis zum 26.09.2025 in Wolfsburg gezeigt werde.

Ausschussvorsitzende Kabasci ergänzt, Herr Kuhse habe im Jahr 2024 den Dr.-Hedwig-Meyn-Preis der Hansestadt Lüneburg erhalten.

Der Ausschuss für Kultur und Partnerschaften nimmt Kenntnis.

**Zu TOP 7 Freigabeantrag zur Aufhebung der politischen Mittelsperre von 100.000
€ auf den Zuschussmitteln für die Museumsstiftung
BV/12032/25**

TOP 7 wird in der Sitzung vorgezogen und vor TOP 6 beraten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Kultur und Partnerschaften fasst mehrheitlich folgenden Beschluss:
Die politische Mittelsperre von 100.000 € bei den Zuschussmitteln für die Museumsstiftung wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	1
Enthaltung:	1

Beratungsinhalt:

Stadtrat Rink erläutert, im Haushalt 2025 seien für die Museumsstiftung 1,4 Mio. € eingestellt, für das Jahr 2026 seien es 1,3 Mio. €. Die politische Mittelsperre von 100.00 € in diesem Jahr gehe zurück auf den Ratsbeschluss vom 19.12.2024. Es gebe Gespräche mit der Museumsstiftung und den weiteren beteiligten Stiftungen zur Erzielung einer Zuschussvereinbarung. In der kommenden Woche werde weiter beraten über die Vertragsinhalte der Zuschussvereinbarung und eine konkreter und neu formulierte Patronatserklärung. Dort werde auch über die Frage der einzusetzenden Beträge verhandelt, die für die Jahre 2025/2026 allerdings mit 1,4 Mio. und 1,3 Mio. € durch Ratsbeschluss bereits vorgegeben seien. Es gelte aber, für die Zukunft und einen längeren Zeitraum eine Lösung zu finden, in der u.a. auch berücksichtigt werden müsse, dass die Stadt auch für die Unterhaltung des Baukörpers finanzielle Aufwendungen tätige, die in die Vereinbarungen mit einfließen müssen. Die gesperrten 100.000 € würden von der Museumsstiftung jetzt benötigt, weil sie ansonsten zum Ende des Jahres nicht mehr zahlungsfähig sein werde. Das Gutachten solle dem Kulturausschuss in der nächsten Sitzung am 20.11.2025 durch den Gutachter selbst vorgestellt werden. Stiftungsvorstand und Stiftungsrat seien bereits auf Basis des Gutachtens dabei, eine Vielzahl von Maßnahmen zu entwickeln und durchzuführen. Themenfelder seien u.a. die Frage der Erhöhung der Eintrittsgelder, Screening sämtlicher Aufwendungen im Wirtschaftsplan, Klärung und kritisches Hinterfragen des Personalaufwandes, Strategiegespräche mit der Lüneburg Marketing und Spezialisierung. Stadtrat Rink wirbt für Fairness gegenüber dem Museum. Der Rat habe auch dem Theater fünf Jahre Zeit zur Entwicklung gegeben. Das Theater habe etwa 100.000 voll zahlende Besucher im Jahr. Das Museum habe etwa 86.000 Besucher im Jahr, von denen rund die Hälfte, Kinder und Jugendliche, keinen Eintritt zahlen. Der Weg, sich hier neu aufzustellen sei daher etwas komplizierter als beim Theater. Er bitte daher, dem Entsperrungsantrag zuzustimmen, damit die Verwaltung diesen Weg gemeinsam mit der Museumsleitung und dem Stiftungsrat gehen könne.

Ratsherr Schwake wendet ein, im Gutachten sei von 30.000 Besuchern im Museum Lüneburg im Jahr 2024 die Rede.

Stadtrat Rink und Ausschussvorsitzende Kabasci stellen klar, dass 86.000 die Gesamtzahl an Besuchenden der beiden Museen der Museumsstiftung im Jahr 2024 gewesen sei, die sich entsprechend auf das Museum Lüneburg und das Salzmuseum aufteilten.

Ratsherr Schwake erinnert an die Haushaltsdebatte im vergangenen Jahr, in der nach Einsparmöglichkeiten in Höhe mehrerer Millionen Euro gesucht wurde. Genau wie das Theater müsse sich auch das Museum der aktuellen Situation anpassen und sich zukunftsgerichtet restrukturieren. Daher seien die 100.000 € gesperrt worden. Die Sperrung könne seiner Ansicht nach erst aufgehoben werden, wenn Ergebnisse vorgelegt werden, was seit der Mittelsperre geschehen sei. Harte Zahlen seien dazu bisher jedoch nicht dargeboten worden. Das Gutachten werde zur Zeit intensiv diskutiert, aber tragfähige Lösungen lägen noch nicht vor. Da die Mittelsperre bereits Ende letzten Jahres beschlossen wurde, stelle sich ihm die Frage, weshalb die Geschäftsführung nicht rechtzeitig entsprechende Maßnahmen ergriffen habe, um die drohende Zahlungsunfähigkeit abzuwenden. Er meine, die Mittelsperre sollte erst aufgehoben werden, wenn eine Erklärung zwischen Stadt und Museumsstiftung vorliege, welche Gelder zukünftig fließen werden, mit einem fairen Umgang zwischen Stadt und Museumsstiftung. Er glaube an das Museum, sei aber auch seinem Wort gegenüber den Wählern verpflichtet, dass es Veränderungen und Einsparungen geben müsse. Diese seien bisher nicht sichtbar. Er mache seine Zustimmung davon abhängig, dass die Verhandlungen zwischen Verwaltung und Stiftungsrat zu einem Ergebnis kämen.

Stadtrat Rink merkt an, der Rat kenne die Zahlen des Wirtschaftsplans für 2025, der einen Jahresfehlbetrag von 376.000 € bei einem Zuschuss von 1,4 Mio. € ausweise. Die Hochrechnung für 2025 weise eine Fehlbetragsreduzierung von 10% aus.

Ratsfrau Lotze stimmt zu, dass Theater und Museum nicht direkt vergleichbar seien, da Kinder und Jugendliche freien Eintritt zu den Museen hätten. Das sollte auch so beibehalten werden. Die Museen seien zudem Orte an denen vielfältige weitere Angebote stattfänden, z.B. Treffen unterschiedlicher Interessengruppen usw. Auch das müssten moderne Museen heutzutage leisten. Sie appelliert an die Ausschussmitglieder, der Entsperrung der Mittel zuzustimmen. Eine Ablehnung würde der Bedeutung der Einrichtung nicht gerecht und würde ihr einen öffentlichen Schaden zufügen. Die nötigen Änderungen seien nicht so schnell umsetzbar. Das Gutachten zeige bereits ein gutes Potential zu Veränderungen. Der Rat habe sich einstimmig zu der Museumsstiftung bekannt und deren Weiterführung dürfe nicht an dem Beharren auf einer Einsparung von 100.000 € scheitern.

Ratsfrau Filohn ergänzt, ein Museum sei kein Wirtschaftsunternehmen, das schwarze Zahlen schreiben müsse. Es sei für Kultur und Bildung da. Das Gutachten zeige eine positive Umsatzentwicklung auf. Konzepte brauchten jedoch Zeit für die Entwicklung und Umsetzung und es geschehe im Museum bereits Einiges, was noch nicht schriftlich niedergelegt sei. Sie zählt einige der vielfältigen Projekte auf, u.a. auch niederschwellige Bildungsangebote, die im Museum bereits laufen. Das und die im Gutachten geforderte höhere Sichtbarkeit könne nicht alles mit ehrenamtlichen Mitarbeitenden geleistet werden. Wenn das Geld jetzt nicht freigegeben werde, fehle auch das notwendige Entwicklungspotential, da die Gefahr bestehe, dass die dazu fähigen Mitarbeitenden abwanderten.

Ratsfrau Dr. Dartenne widerspricht, auch das Museum müsse nach einem Wirtschaftsplan wirtschaften. Dass der Rat das Museum eindeutig unterstütze stehe hier nicht zur Diskussion. Da die Beratungen aus dem Stiftungsrat hier nicht bekannt seien, schlage sie vor, dass Frau Dr. Düsel der dem Kulturausschuss kurz berichtet und einen Ausblick auf den dortigen Gedankenaustausch gibt, damit sich die Ausschussmitglieder vor der Abstimmung ein Bild über den Fort-

schritt der Überlegungen zu den notwendigen Entwicklungen machen könne. Das Liquiditätsproblem bestehe aber eindeutig jetzt, daher werde sie der Freigabe der gesperrten Mittel zustimmen.

Ratsherr Soldan weist darauf hin, das Gutachten sei erst im Mai 2025 abgeschlossen worden und dem Stiftungsrat etwas später übergeben worden. Dieser habe es in einer eigens einberufenen Sondersitzung besprochen. Insofern seien jetzt noch keine darauf beruhenden Ergebnisse oder Veränderungen zu erwarten. Frau Dr. Düselder und der Stiftungsrat hätten dazu bereits Ideen entwickelt, die gemeinsam umgesetzt und weiterentwickelt werden sollen. Der größte Ausgabenposten im Wirtschaftsplan seien die Personalkosten. Diese seien lediglich um etwa 4% im Vergleich zum letzten Jahr gestiegen, das sei relativ gering. Wer die 100.000 € nicht freigeben wolle, sollte sagen, wo diese eingespart werden sollen. Beim Personal werde es nicht gehen, ebenso wenig bei den Energiekosten. Streichung von Sonderausstellungen würde zu weiteren Einnahmeverlusten führen. Er bittet daher, dem Museum Zeit zu geben, um die notwendigen Veränderungen zu entwickeln und umzusetzen.

Ausschussvorsitzende Kabasci erinnert daran, dass in dem Haushaltsbeschluss auch eine Unternehmensberatung gefordert worden war. Diese könne das Gutachten nicht leisten. Deshalb sei es wichtig, in der Ausschusssitzung im November das Thema öffentlich zu diskutieren, um die inhaltliche Ausrichtung der Museumsstiftung zu besprechen, auch falls der Gutachter nicht an der Sitzung teilnehmen könnte. Der Entsperrung der Mittel könne unter dem Hinweis zugestimmt werden, dass im nächsten Jahr Veränderungen erfolgen müssen.

Frau Dr. Düselder, Leiterin des Museum Lüneburg, berichtet, dass die 100.000 € für das Museum Lüneburg existenziell wichtig seien. In der letzten Stiftungsratssitzung habe sie bereits erläutert, welche Maßnahmen kurzfristig bereits umgesetzt wurden, was mittelfristig möglich sei und was langfristig geplant werde. In der Stiftungsratssitzung im November sollen konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Planungen erläutert werden, die dann vom Stiftungsrat beschlossen werden müssten. In der Zwischenzeit werde diese Matrix intensiv erarbeitet werden. Der Wirtschaftsplan werde regelmäßig auf Einsparungspotentiale überprüft, dennoch seien aufgrund der hohen Fixkosten keine großen Streichungen möglich, sodass es nicht möglich sei, am Ende einen Jahresfehlbetrag von 376.000 € in eine schwarze Null zu verwandeln. Es werde bereits so gespart, dass es schmerzhaft sei, aber ein Museum könne nicht gewinnorientiert arbeiten. Der Eigenanteil von 27% sei im Vergleich mit anderen Museen schon relativ hoch. Das Museum werde keine Kopie des Hansemuseums in Lübeck werden, man wolle aber mit dem dortigen Hanseumuseum zusammenarbeiten und bereite zur Zeit eine drittmittelfinanzierte Hanseausstellung in Playmobil vor. Das Museum arbeite bereits am Limit und müsse auch dafür sorgen, dass die Qualitätsstandards zur Erhaltung der Exponate eingehalten werden.

Ratsfrau Lotze erinnert daran, dass es hier nicht allein um das Museum Lüneburg, sondern auch um das Salzmuseum gehe. Die geplante Sanierung des Salzmuseums sei stark von Fördermitteln abhängig. Auch das dürfe nicht gefährdet werden. Sie befürchte eine negative Wirkung auf die Fördermittelgeber in Berlin, wenn die Entsperrung der Mittel in dieser Situation versagt werden würde.

Ratsfrau Dr. Dartenne bittet, die Ergebnisse der Stiftungsratssitzung vom 07.11.2025 dem Ausschuss für Kultur und Partnerschaftsausschuss zu seiner nächsten Sitzung am 20.11.2025 so rechtzeitig vorzulegen, dass dieser sich auf die dort geplante Diskussion vorbereiten könne.

Ratsherr Schwake unterstreicht, dass er und seine Fraktion sich an der Weiterentwicklung des Museums beteiligen werden und dies für wichtig erachten. Dennoch bestehe die Notwendigkeit von Einsparungen, um die schwierige finanzielle Lage der Stadt zu verbessern. Die CDU werde dem Beschlussvorschlag heute nicht zustimmen, weil die Einsparungen auch die Grundlage für die Haushaltsdebatte waren. Die 100.000 € waren damals nicht Bestandteil des Haushaltsbeschlusses, sondern würden erst jetzt mit der Zustimmung zu dem Beschlussvorschlag beschlos-

sen. Dem könne die CDU heute nicht zustimmen.

Ratsherr Soldan macht darauf aufmerksam, dass zwischen den Sitzungen des Stiftungsrates und des KPA nicht viel Zeit liege, um ein Protokoll zu verfassen und eine Vorlage zu schreiben. Insofern bittet er die Ausschussmitglieder, sich darauf einzustellen, dass die Unterlagen ganz kurzfristig kommen könnten und diese trotzdem entsprechend durchzuarbeiten und hier zu diskutieren.

Zu TOP 8 Vorstellung der digitalen Austauschplattform "kulturinfo-lueneburg.de"

Beratungsinhalt:

Frau Sillmann, Bereich Kultur, stellt die neue Kulturinfo-Plattform vor, die geschaffen wurde, um den Austausch unter Kulturschaffenden zu ermöglichen. Die Plattform sei seit dem Frühjahr online, Ende Juni sei sie mit einer Pressemitteilung bekannt gemacht worden. Seither hätten sich dort bereits mehr als 160 Personen und Institutionen registriert. Auch für Besuchende, die sich nicht registrieren wollen, seien bestimmte Seiten einsehbar, z.B. der Veranstaltungskalender oder der Bereich Kulturförderung. Die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Partnerschaften hätten bereits einen Einladungslink zu der Seite erhalten.

Frau Sillmann gibt einen kurzen Überblick über die unterschiedlichen „Spaces“ der Kulturinfo-Lüneburg-Seite, die nach Themenbereichen unterteilt sind.

Wichtigster Bereich sei dabei der Space „Netzwerk Kultur“, in dem Informationen geteilt werden können, die für alle Kulturschaffenden und -interessierten von Interesse seien und in dem man sich über geplante Aktionen oder Ideen austauschen könne oder Kooperationen gesucht und gefunden werden können. Die Seite sei datenschutzkonform sowie werbefrei und kostenlos nutzbar. Sie werde vom Bereich Kultur regelmäßig gepflegt und die Zugänge zu den Spaces würden vom Bereich Kultur manuell nach kurzer schriftlicher Anmeldung freigeschaltet, um den Überblick zu behalten, was dort vor sich gehe und Missbrauch zu verhindern. Die Seite stelle auch einen internen Messengerdienst zur Verfügung, sodass keine privaten Emailadressen preisgegeben werden, sowie einen Raum für Videokonferenzen und sie sei mobil auf dem Handy nutzbar. Der große Nutzen bestehe im Wesentlichen in der umfassenden Vernetzung und der Möglichkeit, schnell und unkompliziert Informationen auszutauschen.

Ausschussvorsitzende Kabasci dankt Frau Sillmann im Namen des Ausschusses für den Vortrag und für die Einrichtung der Seite, die einen großen Mehrwert als Vernetzungsplattform habe.

Der Ausschuss für Kultur und Partnerschaften nimmt Kenntnis.

Zu TOP 9 Anträge und Anfragen

Liegen nicht vor.

Zu TOP 10 Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten

Beratungsinhalt:

Frau Ewe, beratendes Mitglied für die Dt.-Estn. Gesellschaft, fragt, ob die Wandelwoche im kommenden Jahr wieder im Glockenhaus und im ehemaligen Lüne-Buch-Gebäude, Bardowicker Str. 1, stattfinden könne.

Stadtrat Rink schließt eine Nutzung des Gebäudes Bardowicker St. 1 zur Wandelwoche in 2026 aus, da die Umbauarbeiten dort voraussichtlich nach Abschluss der Nutzung durch das TaMTaM starten werden.

Andrea Kabasci
Bündnis 90/ Die Grünen

Matthias Rink

Anke Plett